

Inhalt

A	Die Erbschaft- und Schenkungsteuer	
	Einführung	16
1.	Rechtsgrundlagen und Bedeutung der Erbschaft- und Schenkungsteuer	16
2.	Rechtfertigung der Erbschaftsteuer	16
3.	Steuersystematische Einordnung	17
4.	Verhältnis zu anderen Steuerarten	17
5.	Erbschaftsteuer und Zivilrecht	19
6.	Verwaltung und Durchführung der Erbschaftsteuer	19
7.	Überblick	20
7.1	Aufbau des Erbschaft – und Schenkungsteuergesetzes	20
7.2	Besteuerungsgegenstand des Erbschaft – und Schenkungsteuergesetzes	20
B	Die persönliche Steuerpflicht	22
1.	Die Steuerpflicht	22
2.	Überblick	22
3.	Unbeschränkte Steuerpflicht	23
4.	Beschränkte Steuerpflicht	25
5.	Doppelbesteuerung	27
6.	Steuerpflicht und Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	28
C	Steuerpflichtige Erwerbe	29
1.	Überblick	29
2.	Der Erwerb von Todes wegen	29
2.1	Erwerb durch Erbanfall	30
2.2	Mehrere Erben; Erbgemeinschaft wird negiert	34
2.3	Vermächtnis	35
2.4	Pflichtteil	37
2.5	Schenkung auf den Todesfall	40
2.5.1	Erwerb von Gesellschaftsanteilen	41
2.6	Vertrag zugunsten Dritter	44
2.7	Weitere Erwerbe von Todes wegen	47
2.7.1	Zuwendungen an Stiftungen	47

2.7.2	Zuwendungen an ausländische Trusts	50
2.7.3	Auflagen und Bedingungen	50
2.7.4	Erwerbe, die von staatlicher Genehmigung abhängen	51
2.7.5	Abfindungen	51
2.7.6	Anwartschaft auf Nacherbschaft	52
2.7.7	Herausgabeanspruch des Vertragserben oder der Schlusserbe	52
3.	Erbschaftsteuer bei Ehegatten und Lebenspartnern	52
3.1	Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten	52
3.2	Zivilrechtlicher Zugewinnausgleich	55
3.3	Erbschaftsteuer, Beendigung der Zugewinngemeinschaft durch Tod	55
3.3.1	Wie wird der steuerfreie Zugewinnausgleichsanspruch berechnet?	56
3.4	Gütertrennung: Wie wird der Nachlass bei Ehegatten / Lebenspartnern bei gesetzlicher Erbfolge berechnet?	58
3.5	Gütergemeinschaft: Wie wird der Nachlass bei Ehegatten / Lebenspartnern berechnet?	59
3.6	Berliner Testament	60
4.	Beendigung des Güterstandes unter Lebenden	61
4.1	Beendigung der Zugewinngemeinschaft unter Lebenden (Scheidung, Güterstandsvertrag)	61
4.1.1	Berücksichtigung von Zuwendungen während der Ehe / Lebenspartnerschaft	62
4.1.2	Wie wird der steuerfreie Zugewinnausgleichsanspruch berechnet?	63
4.2	Beendigung der Gütertrennung/Gütergemeinschaft unter Lebenden (Schenkung?)	63
4.3	Von Zugewinngemeinschaft zur Gütertrennung und wieder zurück (sog. fliegender Güterstandswechsel oder Güterstandsschaukel)	64
5.	Unbenannte Zuwendungen unter Ehegatten	65
6.	Eingetragene Lebenspartnerschaft	66
7.	Vor- und Nacherbschaft	66
8.	Schenkungen	70
8.1	Grundtatbestand, freigebige Zuwendung	71
8.2	Erwerb infolge Vollziehung einer Auflage oder Erfüllung einer Bedingung	76

8.3	Schenkungen, die von staatlicher Genehmigung abhängen	77
8.4	Vereinbarung der Gütergemeinschaft	77
8.5	Abfindungen	77
8.6	Anwartschaft auf Nacherbschaft	78
8.7	Übergang von Vermögen auf eine Stiftung, Trust	78
8.8	Übergang von Vermögen bei Auflösung einer Stiftung, eines Vereins, eines Trusts	79
8.9	Abfindung für aufschiebend bedingt, betagt oder befristet erworbener Ansprüche	80
8.10	Schenkungen im Zusammenhang von Anteilen an Personengesellschaften	80
8.10.1	Schenkung eines Anteils	80
8.10.2	Schenkung des Gesellschaftsanteil mit Buchwertklausel	80
8.10.3	Zuwendungen einer überhöhten Gewinnbeteiligung	81
8.10.4	Anteilsübergang im Gesellschaftsrecht	
8.11	Leistungen von Gesellschaftern und Dritten an Kapitalgesellschaften und umgekehrt	82
8.	Zweckzuwendung	86
10.	Turnusbesteuerung der Familienstiftung	87
D	Steuerentstehung, Besteuerungszeitpunkt, Bewertungsstichtag	89
1.	Entstehung der ErbSt	89
2.	Zukünftige Ereignisse	90
3.	Besonderheiten bei Erwerben von Todes wegen	90
4.	Widerrufs-/Rückforderungsrechte	91
5.	Besonderheiten bei Schenkungen	92
5.1	Ausführung bei unmittelbarer Grundstückschenkung	93
5.2	Ausführung bei mittelbarer Grundstückschenkung	94
5.3	Ausführung bei Einlage in eine Personengesellschaft	94
5.4	Ausführung bei „schwebender“ Grundstückschenkung	94
5.5	Ausführung bei gemischter Grundstückschenkung	96
6.	Schwebende Grundstückskaufverträge im Erbfall	96
7.	Stichtagsprinzip (§ 11 ErbStG)	96
8.	Wertänderung nach Entstehen der ErbSt	97

E	Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs	98
1.	Grundprinzip der Wertermittlung	98
1.1	Wertermittlung bei Erwerben von Todes wegen	98
1.2	Wertermittlung bei Schenkung	99
1.3	Mittelbare Schenkungen	101
2.	Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände	102
3.	Einzelregelungen zu Wertermittlung in § 10 Abs. 1 ErbStG	102
3.1	Private Steuer-Erstattungsansprüche	102
3.2	Anteil an vermögensverwaltender Personengesellschaft	104
3.3	Zweckzuwendung, Familienstiftung	104
3.4	Schenker oder Dritter übernimmt die Entrichtung der Steuer	104
3.5	Vereinigung von Rechten und Verbindlichkeiten; Anwartschaft des Nacherben	105
4.	Nachlassverbindlichkeiten	106
5.	Wegfall des Abzugsverbots gem. § 25 ErbStG	109
6.	Bewertungsstichtag	111
7.	Bewertung der Vermögensarten und Vermögensgegenstände (§ 12 ErbStG)	111
F	Bewertung des land - und forstwirtschaftlichen Vermögens	113
1.	Begriff des Land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	113
2.	Wirtschaftliche Einheit	114
3.	Bewertung des inländischen LuF-Betriebs	115
3.1	Wohnteil, Betriebswohnung	115
3.2	Wirtschaftsteil	116
4.	Fortführungswert für den Wirtschaftsteil	116
5.	Mindestbewertung	118
5.1	Bodenwert bei der Mindestbewertung	118
5.2	Wert der übrigen Wirtschaftsgüter bei der Mindestbewertung	119
5.3	Mindestwert insgesamt	120
6.	Liquidationswert	120
6.1	Berechnung des Liquidationswerts	121
6.2	Vermeidung des Liquidationswerts	121
7.	Grundbesitzwert des LuF-Vermögens, Ermittlung und gesonderte Feststellung	122

G	Bewertung des Grundvermögens	124
1.	Grundvermögen	124
2.	Bewertung unbebauter Grundstücke	126
3.	Bewertungsmethoden bei bebauten Grundstücken	127
4.	Vergleichswertverfahren	128
5.	Ertragswertverfahren	130
5.1	Grund und Boden	131
5.2	Gebäude	131
6.	Sachwertverfahren	135
7.	Erbbaurecht	139
7.1	Erbbaurecht	139
7.2	Erbbaugrundstück	144
8.	Gebäude auf fremden Grund und Boden	145
9.	Grundstücke im Zustand der Bebauung § 196 BewG	147
10.	Bei Gebäude(Teile) für den Zivilschutz	147
11.	Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts	147
12.	Ausländische Grundstücke	148
13.	Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	148
14.	Befreiungsmöglichkeiten	149
15.	Stundungsmöglichkeit	149
16.	Gesonderte Feststellung des Grundbesitzwerts	149
17.	Rechtsbehelfsmöglichkeit	153
H	Bewertung des Betriebsvermögens, der Anteile an nichtnotierten Kapitalgesellschaften und der mitunternehmerischen Beteiligungen	154
1.	Begriff des Betriebsvermögens	155
2.	Umfang des Betriebsvermögens	155
3.	Bewertung gewerblicher/freiberuflicher Einzelunternehmen	158
3.1	Die Bewertungsmethoden des § 11 Abs. 2 BewG	159
3.1.1	Ableitung aus Kaufpreisen	159
3.1.2	Unternehmensbewertung; Schätzung nach den Ertragsaussichten	160
3.2	Bewertung nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren des BewG	161

3.2.1	Bewertungsmethode nach dem BewG	162
3.2.2.	Ermittlung des Jahresertrags	163
3.2.3	Weitere Ertragskorrektur und Ansatz bestimmter Wirtschaftsgüter mit dem gemeinen Wert	168
3.2.3.1	nicht betriebsnotwendiges Vermögen	169
3.2.3.2	Eigenständiger Ansatz von Unterbeteiligungen	169
3.2.3.3	Wirtschaftsgut, innerhalb von zwei Jahren ins BV eingelegt	170
3.2.3.4	Kapitalisierungsfaktor	170
3.3	Mindestbewertung = Einzelbewertung aller Wirtschaftsgüter	171
3.4	Gesonderte Feststellung	172
4.	Anteile an nicht notierten Kapitalgesellschaften	174
5.	Mitunternehmerische Beteiligung	176
6.	Ausländische Kapitalgesellschaften und ausländisches Betriebsvermögen	178
7.	Zusammenhang von Bewertung und Verschonung	178
8.	Änderungen des Einkommensteuergesetzes	179
9.	Bewertung vermögensverwaltender Personengesellschaften und -gemeinschaften	180
I	Bewertung des übrigen Vermögens	182
1.	bewegliche Wirtschaftsgüter	182
2.	Immaterielle Wirtschaftsgüter	182
3.	Kapitalvermögen	182
3.1	Besondere Bewertungsregeln bei Forderungen	185
3.2	Steuererstattungs- und Steuervergütungsansprüche	187
3.3	Lebensversicherungen	187
3.4	Sachleistungsansprüche, Sachleistungsverpflichtungen	188
4.	Wiederkehrende Nutzungen und Leistungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer	188
J	Sachliche Steuerbefreiungen	193
1.	Überblick: Steuerbefreiungen	193
2.	Hausrat und andere körperliche Gegenstände	193
2.1	Erwerber der Steuerklasse I	193
2.2	Erwerber der Steuerklasse II und III	194

2.3	Abgrenzung von Haustrat und anderen Gegenständen	194
3.	Im öffentlichen Interesse stehende Gegenstände	195
4.	Weitere sachliche Befreiungen	195
K	Steuerverschonung für Betriebsvermögen, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und Anteile an Kapitalgesellschaften	203
I.	Zu verschonendes Produktivvermögen	204
1.	Was ist begünstigt?	204
2.	Einzelfälle	206
3.	Was nicht oder nur unter eingeschränkten Voraussetzungen begünstigt	207
3.1	Verwaltungsvermögen im Einzelnen	207
3.2	Was gehört zum Verwaltungsvermögen?	208
3.2.1	Überlasse Grundstücke	208
3.2.2	Anteile an Kapitalgesellschaften	211
3.2.3	Beteiligungen	211
3.2.4	Wertpapiere/Forderungen	212
3.2.5	Sonstiges Verwaltungsvermögen	213
3.2.6	Sog. junges Verwaltungsvermögen	213
3.3	Ermittlung des begünstigten Betriebsvermögens bei vorhandenem Verwaltungsvermögen	213
4.	Wertermittlung bei Weitergabe von begünstigtem Vermögen	215
5.	Begünstigtes Vermögen bei Anteilsübertragungen	216
6.	Ausgangswert für die Verschonung (begünstigtes Produktivvermögen)	216
6.1	Gesonderte Feststellung, Ermittlung des Verwaltungs- vermögens	217
II.	Die Verschonungsinstrumente	218
1.	Die „Regel-Verschonungen“ im Überblick	219
2.	Die „Optionsverschonung“ im Überblick	220
3.	Erwerber	222
4.	Die gleitende Betriebsvermögens -Freigrenze 150.000 EUR	222

5.	Anwendung des Steuerklasse I auf Produktivvermögen	223
III.	Verschonungsschädliches Verhalten	224
1.	Lohnsumme, Konstanz der -	224
1.1	Anzahl der Beschäftigten	225
1.2	Begriff der Lohnsumme	226
1.3	Überprüfung der Einhaltung der Lohnsummenkonstanz	228
1.4	Rechtsfolgen bei Verstoß gegen Lohnsummenkonstanz	229
2.	Behaltenspflicht	230
2.1	Veräußerungsvorgänge	231
2.2	Aufgabefälle	232
2.3	Besonderheiten bei land- und fortwirtschaftlichen Betrieben	233
2.4	Besonderheiten bei Kapitalgesellschaften	234
3.	Überentnahmen	236
4.	Rechtsfolgen bei Verstoß	238
5.	Rettung der Verschonung durch Reinvestition	240
6.	Weiterschenken und Vererben	240
7.	Verhinderung von Gestaltungen in der Übergangszeit	241
8.	Rückwirkende Erlangung der neuen Verschonungen	241
L	Berechnung der Steuer	242
1.	Vorerwerbe innerhalb von 10 Jahren	242
2.	Steuerklassen	248
3.	Persönliche Freibeträge	248
3.1	Persönliche Freibeträge (§ 16 ErbStG)	249
3.2	Besondere Versorgungsfreibeträge (§ 17 ErbStG)	250
3.3	Zuwendung an Personenvereinigungen (§ 18 ErbStG)	252
4.	Kettenschenkung	252
5.	Steuersätze	254
5.1	Die neuen Steuersätze	254
5.2	Weitere flankierende Tarifregelung	258

M	Steuerfestsetzung und Erhebung	259
1.	Steuerschuldner (§ 20 ErbStG)	259
1.1	Erwerber/Schenker	259
1.2	Haftungsregelungen	260
2.	Besonderheiten bei der Berechnung der Steuer	261
2.1	Anrechnung ausländischer Steuern	261
2.2	Kleinbetragsgrenze	263
2.3	Zahlungserleichterungen	263
2.3.1	Jahresversteuerung von Renten, Nutzungen und Leistungen	263
2.3.2	Familienstiftung/-Verein; Verrentung der Steuerschuld; Ermäßigung bei Auflösung	264
2.3.3	Mehrfacher Erwerb	265
2.4	Stundung	265
2.4.1	Steuer für Betriebsvermögen	265
2.4.2	Stundung beim Erwerb von Grundvermögen	266
2.5	Rückwirkendes Erlöschen in besonderen Fällen	267
2.6	Änderung nach der AO	269
3.	Erbschaftsteuerveranlagung	269
3.1	Vorverfahren	269
3.2	Anzeigepflicht der Beteiligten § 30 ErbStG	269
3.2.1	Adressat, Frist, Form, Inhalt	270
3.2.2	Ausnahme von der Anzeigepflicht	271
3.2.3	Besondere Anzeigepflichten	271
3.2.4	Folgen der Verletzung der Anzeigepflicht	272
3.3	Anzeigepflichten Dritter (§§ 33, 34 ErbStG)	272
3.4	Kontrollmitteilungen	277
3.5	Bearbeitung der Anzeige durch das Erbschaftsteuerfinanzamt.	278
3.6	Steuererklärungspflicht der Beteiligten	279
3.7	Steuererklärungspflicht des Testamentvollstreckers / Nachlassverwalters / -pflegers	281
3.8	Berichtigungs- und Erklärungspflichten	282
3.9.	Steuerbescheid	283
3.10	Festsetzungsverjährung	285
4.	Örtliche Zuständigkeit (§ 35 ErbStG)	287
5.	Erhebung, Zahlung, Vollstreckung, Billigkeitsmaßnahmen	289

N	Erstmalige Anwendung des ErbStG idF der Erbschaftsteuerreform und zur Option zum neuen Recht bei Erwerben von Todes wegen ab 1.1.2007 bis 31.12.2008	291
1.	Anwendungs-Stichtag 1.1.2009	291
2.	Option zum neuen Recht für „alte“ Fälle gem. Art. 3 ErbStRG	291